

Das Land Brandenburg ist ein Flächenland. Die meisten Menschen wohnen daher in ländlich geprägten Gebieten mit kleinen Städten und Gemeinden. In den vergangenen Jahrzehnten war ein Trend zu beobachten, dort wichtige Bereiche der Daseinsfürsorge wie den öffentlichen Personennahverkehr oder Angebote der Gesundheitsversorgung zurückzufahren. Die Folge: Jobs gehen verloren, die Menschen sehen vor Ort keine Perspektive mehr und ziehen zunehmend in die großen Städte wie Potsdam oder Berlin. Dabei steigen seit Jahren die Mietpreise vor allem in den Ballungszentren und es fehlen Wohnungen. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. **UNSERE FORDERUNGEN IM EINZELNEN:**

Zum Club und zurück – Gute Anbindungen an öffentlichen Nahverkehr zu Freizeitangeboten und zur Arbeit

Außerhalb der Städte im Land Brandenburg fehlen Bahnlinien, fehlt der Bus abends und am Wochenende, es fehlen Querverbindungen der Städte untereinander und Radwege. Mit der Bahn sind viele Verbindungen nur auf Berlin ausgerichtet. Die Taktung ist meist mangelhaft, nur stündliche Fahrzeiten sind – wenn überhaupt vorhanden – völlig unzureichend. Anschlüsse werden dadurch verpasst und dann heißt es wieder eine Stunde warten. Und abends gibt es in vielen Regionen überhaupt keine Bahn- oder Busverbindungen mehr, was besonders für Jugendliche und junge Erwachsene nachteilig ist. Das Auto als Verkehrsmittel ist in ländlichen Regionen weiterhin unverzichtbar.

Wir fordern: Die Landesregierung muss den umweltfreundlichen Verkehrsmitteln Vorfahrt gewähren und damit ein Bekenntnis zum öffentlichen Nahverkehr geben. Dieses Bekenntnis schließt ein Sozialticket mit ein. Die Planung des schienegebundenen Verkehrs soll angebotsorientiert auch in den Abendstunden erfolgen. Eine geringe Auslastung kann nicht entscheidend sein. Alle Verkehrsträger müssen sich über Stadt- und Kreisgrenzen hinweg in einem gemeinsamen Konzept bezüglich des Umsteigens besser abstimmen.

Neues Leben auf dem Land – mobile Jugendsozialarbeit ausbauen

Studien zeigen, dass die Belastung junger Menschen durch familiäre Konflikte oder seelische Probleme weiter zunehmen. Gründe könnten die derzeitigen Krisen sein – Corona, Energiekrise, Ukrainekrieg, Inflation. Die entstandenen Unsicherheiten zeigen sich unter anderem in einer verstärkten Orientierung an materieller Absicherung und einer wachsenden Wahrnehmung von ‚Fremdbestimmtheit‘. und äußert sich auch in rassistischen und rechtsextremen Einstellungen. Es ist daher eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, durch geeignete Maßnahmen und politische Mitwirkungsmöglichkeiten bei Jugendlichen wieder das Gefühl zu stärken, dass sie ihres ‚eigenen Glückes Schmied‘ sind.“ Die Jugendsozialarbeit richtet sich an junge Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind.

Wir fordern: Die Landesregierung soll für die dringend erforderliche mobile Sozialarbeit im Land Brandenburg entsprechende Maßnahmen ergreifen und Mittel zur Verfügung stellen.

Löcher stopfen – überall schnelles störungsfreies Internet für Arbeit, Bildung und Teilhabe

Alle, die in Brandenburg wohnen oder häufiger dort unterwegs sind, wissen, wie löchrig der Mobilfunkempfang hier sein kann. In Zeiten, in denen Schul- und Arbeitsalltag sowie Antragstellungen auf Leistungen vom Internet abhängen, sind das schlechte Voraussetzungen. Netzanbieter geben auf Nachfrage an, Brandenburg vollständig mit mindestens 2G zu versorgen. Wie kann das sein? Wie kommen also die vielen Funklöcher zustande? Die Antwort findet sich wie so häufig im Kleingedruckten. Denn „vollständig“ meint nicht die gesamte Fläche des Bundeslandes, sondern lediglich die allermeisten



Den ländlichen Raum stärken



Haushalte. Sehr ländliche Gegenden mit wenigen Haushalten, Straßen, Zugtrassen oder Wasserwegen fielen bislang aus dem Raster – oder tun es immer noch. Versorgungsaufgaben sahen es schon für 2019 vor, dass die Netzbetreiber bis Ende 2022 98 Prozent aller Haushalte, alle Bundesautobahnen, die wichtigsten Bundesstraßen und Schienenwege mit Mobilfunk versorgen müssen. Diese Auflagen wurden aktuell bis 2025 verlängert und gleichzeitig auf 90% der Haushalte reduziert. 2 von 3 Haushalten sollten dann den 5 G + Standard haben. Eine Umsetzung der bisher getroffenen Auflagen ist für das Flächenland Brandenburg nicht in Sicht. Eine größere Verfügbarkeit des Netzes, eine extrem schnelle Verbindung ist deshalb nach wie vor dringend nötig.

Wir fordern die Landesregierung auf, eine möglichst vollständige Abdeckung des Landes mit störungsfreiem Internet zu erreichen.

Der Berg kommt zum Propheten – aufsuchende Beratungen für Eltern, Kinder und Jugendliche ausbauen.

In Brandenburg gab es in 2023 in 45.300 Fällen Hilfen zur Erziehung, die von öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe erbracht wurden. Fast jeder 8. junge Mensch in Brandenburg (13,2 Prozent) hat mindestens ein Elternteil mit ausländischer Herkunft. 37,4 Prozent der Herkunftsfamilien oder der junge Mensch selbst leben ganz oder teilweise von Transferleistungen also von Arbeitslosengeld II (SGB II), bedarfsorientierter Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung oder Sozialhilfe (SGB XII) oder bei Bezug vom Kinderzuschlag. 6 Prozent der Kinder/Jugendlichen in Brandenburg sind von einer Suchterkrankung in der Familie betroffen und haben damit ein deutlich erhöhtes Risiko, selbst eine Abhängigkeitserkrankung zu entwickeln. 90 Prozent der Befragten schätzen das derzeitige Angebot an präventiven Maßnahmen für Kinder aus sucht- und psychisch belasteten Familien als nicht ausreichend ein.

Wir fordern: *Diese hochbelasteten Familien brauchen dringend aufsuchende Sozialarbeit, um gerade im ländlichen Raum mit ausgedünnten Angeboten den Lebensalltag zu meistern.*

Gesundheit auf Rädern – wohnortnahe medizinische Versorgung z.B: durch ein Arztmobil schaffen

In Brandenburg sind rund 34 Prozent der Haus- und 29 Prozent der Fachärztinnen und -ärzte älter als 60 Jahre. Es geht um die ambulante und stationäre Versorgung der Menschen im ländlichen Bereich. Die Landesregierung in Brandenburg sieht die Sicherstellung einer wohnortnahen Gesundheitsversorgung der Bevölkerung nach eigenen Angaben als ein zentrales Anliegen. Derzeit werden vom Land als auch von Kommunen und Landkreisen Stipendien vergeben, die Studierende der Humanmedizin fördern und sich verpflichten, nach Abschluss ihres Studiums in ländlichen Regionen Brandenburgs tätig zu sein. Dies reicht nach den bisherigen Erfahrungen nicht aus, um die medizinische Versorgung sicher zu stellen. Daneben haben Studien belegt, dass die Leistungen eines Arztmobiles Menschen in Anspruch nehmen, die überwiegend älter und wenig mobil sind. Das Durchschnittsalter lag dabei bei 69,8 Jahren. Oftmals leiden sie an chronischen Erkrankungen wie Bluthochdruck, Herzinsuffizienz oder Diabetes. Das Arztmobil kann die ambulante ländliche hausärztliche Gesundheitsversorgung ergänzen und dabei bis zu 50 Prozent der Kapazität einer Hausarztpraxis erreichen.

Wir fordern die Landesregierung auf, mit einem Ärzteteam in einem eigens eingerichteten Arztmobil in regelmäßigem Turnus Gemeinden in den Kreisgebieten anzufahren, in denen keine Hausarztpraxis mehr existiert, um so die gesundheitliche und medizinische Versorgung mit innovativen Möglichkeiten vor dem Hintergrund des demografischen Wandels im Flächenland Brandenburg sicherzustellen.



Das Wir ist immer stärker als das Ich.
Marie Juchacz



Gemeinsame
Landesarbeitsgemeinschaft
der AWO Brandenburg